

# Helmut Brandt informiert:



## GKV: Nachhaltige und sozial ausgewogene Finanzierung



Eine Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung kann nicht nur die Einnahmeseite betrachten, sondern muss mit notwendigen Maßnahmen auf der Ausgabeseite verbunden sein. Die Leistungserbringer und die Krankenkassen müssen ihren Teil zur Konsolidierung beitragen. Ausgabensteigerungen werden dort begrenzt, wo das verantwortbar ist, ohne dass dies zu Leistungseinschränkungen oder Qualitätsverlusten führt. In folgenden Bereichen werden mit diesem Gesetz ab 2011 die Ausgaben stabilisiert:

- Die Verwaltungskosten der Krankenkassen dürfen in den nächsten beiden Jahren im Vergleich zum Jahr 2010 nicht ansteigen.
- Für Leistungen, die Krankenhäuser im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr zusätzlich vereinbaren (Mehrleistungen), wird ein Abschlag festgelegt, dessen Höhe im Jahr 2011 bei 30 Prozent liegt und der ab 2012 vertraglich zu vereinbaren ist.
- Die Preise für akutstationäre Krankenhausleistungen und die Krankenhausbudgets von psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen dürfen in den Jahren 2011 und 2012 lediglich in Höhe der halben statt der vollen Grundlohnrate wachsen.
- Durch verschiedene Regelungen wird der Ausgabenzuwachs bei der Vergütung in der vertragsärztlichen Versorgung in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt begrenzt.
- Das Vergütungsniveau in der hausarztzentrierten Versorgung wird begrenzt. Es gilt Vertrauensschutz für Verträge, die bis zum Kabinettsbeschluss rechtsgültig sind.
- Die Punktwerte und Gesamtvergütungen für die vertragszahnärztliche Behandlung ohne Zahnersatz dürfen sich in den Jahren 2011 und 2012 jeweils höchstens um die Hälfte der für das jeweilige Jahr festgestellten Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen erhöhen.  
Um die Krankenversicherung langfristig zu stabilisieren, die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb zu schaffen und die Bedingungen für die Erhaltung versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern, sind Maßnahmen auf der Einnahmeseite erforderlich:
- Die vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise mit Steuermitteln im Jahr 2009 erfolgte vorübergehende Absenkung des Beitragssatzes der Krankenkassen um 0,6 Prozentpunkte läuft zum Jahresende 2010 aus. Damit wird der paritätisch finanzierte Beitragssatz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder auf 14,6 Prozent – wie vor der Senkung durch das sogenannte Konjunkturpaket II – angehoben zuzüglich des mitgliederbezogenen Beitragsanteils von 0,9 Prozentpunkten.
- Der Arbeitgeberbeitrag wird auf der Höhe von 7,3 Prozent festgeschrieben. Damit wird der Automatismus durchbrochen, dass Ausgabensteigerungen zwangsläufig zu steigenden Lohnkosten führen.
- Unvermeidbare, über die Einnahmeentwicklung hinausgehende, Ausgabensteigerungen werden durch einkommensunabhängige Zusatzbeiträge der Mitglieder finanziert.

Damit die Beitragszahler vor einer unverhältnismäßigen Belastung geschützt sind, wird ein unbürokratischer und gerechter Sozialausgleich eingeführt. Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag zwei Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens erfolgt ein Sozialausgleich. Die Umsetzung findet für Arbeitnehmer direkt bei den Arbeitgebern und für Rentner bei den Rentenversicherungsträgern statt, indem der einkommensabhängige Beitrag entsprechend reduziert wird.



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde!


Neben einer großen Zahl friedlicher Demonstranten waren bei den Protesten im Wendland gegen den Castor-Transport leider auch solche zu beobachten, die gezielt schwere Straftaten begangen haben. Jeder hat das Recht, seine Meinung zur Kernkraft frei zu äußern und friedlich zu demonstrieren.

Wer aber mit Steinen wirft, Schienen lockert oder Brandsätze auf Fahrzeuge wirft, gefährdet das Leben anderer Menschen und bewegt sich außerhalb unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Von diesen Chaoten und Gewalttätern haben sich weder die Grünen noch die SPD und ohnehin nicht die Linken, die allesamt prominent vor Ort vertreten waren, klar distanziert.

Die Grünen tun so, als wäre die CDU/FDP-Koalition für die Castor-Transporte verantwortlich. Doch auch in der Amtszeit des grünen Umweltministers Jürgen Trittin gab es die Transporte. Damals, als die Grünen noch in der Regierung waren, haben sie sich zu den internationalen Verpflichtungen über die Rücknahme deutschen Atommülls aus Frankreich bekannt. Jetzt bekämpfen sie ihre eigene damalige Politik. Der grüne Umweltminister rief seinerzeit zur Besonnenheit auf, heute provoziert er die Gewalt.

Die Grünen dulden nur, was sie gerade für richtig halten. Trotz Minderheit versuchen sie Ihre Meinung durchzusetzen, wenn es sein muss auch mit Duldung von Gewalt.

Viel Spaß beim weiteren Lesen  
wünscht+

Ihr   
Helmut Brandt MdB

## Sprachförderung in den Kitas mit 400 Mio. Euro

Die Bundesregierung stellt von 2011 bis 2014 rund 400 Mio. Euro zur Verfügung. Die der Bundesregierung hat ein neues Programm zur Sprachförderung in den Kitas aufgelegt. Sprache ist der Schlüssel für Erfolg in Schule und Beruf sowie für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Initiative ‚Offensive Frühe Chancen‘ zielt bewusst auf die frühkindliche Unterstützung. Je früher die Sprache gefördert wird, desto effektiver.



Kinder mit sprachlichen Defiziten sollen in Zukunft besser unterstützt und gefördert werden. Im Rahmen der Initiative „Offensive Frühe Chancen“ werden bis zu 4.000 Kindereinrichtungen – insbesondere dort, wo Förderbedarf besteht – zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ ausgebaut. Jede ausgewählte Einrichtung erhält pro Jahr 25.000 Euro aus Bundesmitteln, um damit eine Halbtagsstelle für zusätzliche, besonders qualifizierte Fachkräfte zur Sprachförderung insbesondere von unter 3-jährigen einzurichten. Bis zum 15. Dezember 2010 können sich Kitas als „Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration“ bewerben. Voraussetzung ist, dass die betreffende Kita mindestens 40 bzw. 80 (bei Zusammenschluss von kleineren Einrichtungen im Verbund) Kinder betreut, darunter auch Kinder unter 3 Jahren. Zudem muss die Einrichtung von einer überdurchschnittlichen Zahl von Kindern mit einem potentiell hohen Sprachförderbedarf besucht werden.

## Unterausschuss Kommunalpolitik tagt erstmals

In dieser Sitzungswoche fand die erste Sitzung des neuen Unterausschusses Kommunalpolitik des Innenausschusses des Deutschen Bundestags statt. Er hat nach der Geschäftsordnung des Bundestags alle vom Innenausschuss übertragenen kommunalrelevanten Themen vorzubereiten und Empfehlungen zu erarbeiten. Übertragene kommunalrelevante Themen des Innenausschusses können damit separat behandelt werden. Das ist ein grundlegender Unterschied zur parlamentarischen Arbeit in früheren Wahlperioden, beispielsweise unter Rot-Grün.

Die christlich-liberale Koalition setzt sich mit den berechtigten Anliegen von Städten, Gemeinden und Landkreisen intensiv auseinander. Wir wollen tragfähige Lösungen für unsere Kommunen. Jetzt gilt es, gemeinsam zu Handeln.

## MdB Helmut Brandt in Würselen zu sprechen

Die nächste Bürger-sprechstunde mit dem Bundestagsabgeordneten Helmut Brandt (CDU) findet am Mittwoch, 17. November 2010, von 17:00 bis 18:00 Uhr im Rathaus der Stadt Würselen (CDU-Fraktionsbüro/ Erdgeschoss) statt.

Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab unter 02404/557830 anmelden.

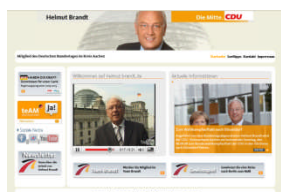
## Kinderfreundliche Nachbesserung der EU-Spielzeugrichtlinie dringend erforderlich

Wenn es um die Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder geht, darf es keine Kompromisse geben. Zwar stellt die 2009 veröffentlichte EU-Richtlinie gegenüber früheren Regelungen einen großen Fortschritt dar. Dennoch gibt es aus Sicht des Deutschen Bundestages noch in wesentlichen Punkten Nachbesserungsbedarf. Die in der EU-Spielzeugrichtlinie festgelegten Grenzwerte sind nicht ausreichend, um ein hohes Schutzniveau bei Kindern zu sichern. Insbesondere müssen die Grenzwerte für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) sowie für Schwermetalle (Blei, Cadmium, Quecksilber, Arsen u. a.) deutlich abgesenkt werden. Schließlich ist die Einstufung von Spielzeug nach den Kriterien des Chemikalienrechts anstelle des Lebensmittelrechts zu überprüfen, um einen bestmöglichen Schutz von Kindern zu garantieren.

Durch die dafür in der EU-Spielzeugrichtlinie vorgesehene Klausel ergibt sich die Option, bei neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen die Grenzwerte anzupassen. Das gilt auch für die erlaubten Spuren allergener Duftstoffe. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Grenzwerte nicht nur auf Inhaltsstoffe, sondern auch auf die Migration dieser Stoffe bezogen werden. Aufgrund der äußerst positiven Erfahrungen mit dem deutschen GS-Zeichen, ist eine ebenso effektive Form der Drittprüfung auf europäischer Ebene aufzubauen.

Informationen über meine Standpunkte, meine Aktivitäten und mich finden Sie unter anderen auf meiner Homepage:

Facebook.de... MeinVZ.de .. YouTube.de



### Impressum:

Ausgabe Nr.: 19 - 19/10 12. November 2010

#### Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227-71472, Fax: 030 / 227-76471  
Email: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

#### Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf  
Tel.: 02404/557830, Fax: 02404/673445  
E-Mail: [helmut.brandt@wk.bundestag.de](mailto:helmut.brandt@wk.bundestag.de)